



Thema: Prater Wien

Autor: k.A.

Mit Aufmärschen, Kundgebungen und Erklärungen zum 1. Mai haben die Parteien

Wahlkampf mit wilden Attacken

Wien. – Jetzt hat der Wahlkampf richtig begonnen Mit den traditionellen Aufmärschen, Kundgebungen und Erklärungen zum 1. Mai haben Regierungsparteien und Opposition gestern ihre Po-

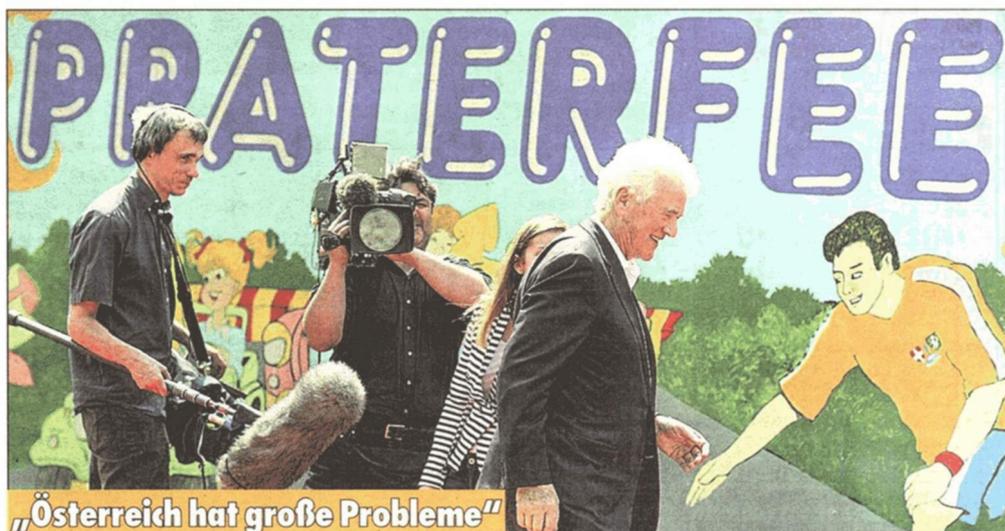
sitionen markiert. Am auffälligstem sind die wilden Attacken der SPÖ gegen den (voraussichtlich auch nächsten) Koalitionspartner ÖVP. Die Opposition ist dabei vergleichsweise zurückhaltender.

Einmal mehr hat die Debatte um das Bankgeheimnis erhalten müssen. Finanzministerin Fekter ist dabei von der Wiener Rathaustribüne herunter von Bürgermeister Häupl als „Schutzheilige der Steuerhinterzieher“ bezeichnet worden. Inhaltlich war vor allem unter dem Partei-Slogan „Gerechtigkeit“ wieder die Forderung von Kanzler Faymann nach „vermögensbezogenen Steuern“ zu hören. Mit konkreten Forderungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat die ÖVP zum 1. Mai aufgewartet. Und die Grünen setzen ganz auf das Thema Mindestlohn. Die FPÖ setzt auf Regierungskritik und das BZÖ auf die Sonntagsöffnung.

„Wahlfreiheit statt Zwangsjacke“



FAMILIE und Beruf sollen nach dem Thema Wohnen der nächste Hit von Vizekanzler Spindelegger werden. Mit seinen ständigen Wahlkampf-Teambegleitern Mikleitner und Mitterlehner hat die ÖVP im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder ihren neuesten Spruch präsentiert: „Wahlfreiheit statt Zwangsjacke“. Damit ist die Vereinbarkeit von Job und Familie durch Teilzeitarbeit gemeint. In diesem Zusammenhang plädiert die ÖVP im Wahlkampf für flexiblere Arbeitszeit-Angebote von Unternehmen. „Arbeit“ soll nicht plakatiert, sondern ermöglicht werden.



„Österreich hat große Probleme“

VERFOLGT von Kamera-Teams, hatte Frank Stronach zum 1. Mai in den Wiener Prater zu Freibier geladen, um gegen die Regierung zu wettern: „Österreich hat große Probleme!“ Die Ursachen sei eine Regierung, die „unglücklicherweise aus Politikern“ bestehe. Einmal mehr verlangt Stronach eine Verwaltungsreduktion, „den Korruptionssumpf trocken-zulegen“ und eine Vereinfachung des Steuersystems.

„1450 Euro Mindestlohn“



VOLL auf traditionelle Sozialpolitik setzen die Grünen in ihrem Nationalratswahlkampf. Parteichefin Eva Glawischnig fordert einen gesetzlichen „Mindestlohn von 1450 Euro im Monat“ für unselbstständig Arbeitende. Für Selbstständige müssten aus ihrer Sicht die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt werden, die mit 177 Euro zu hoch seien.

krone.at-VOTING

Frage des Tages

77 Kann die SPÖ Platz 1 in Salzburg halten?

JA: 31%

NEIN: 69%

8469 Teilnehmer



Thema: Prater Wien

Autor: k.A.

ihre Positionen markiert und die Gegner ins Visier genommen jetzt voll ausgebrochen



„Sind nicht Lobbyisten der Steuerbetrüger und Pestizid-Hersteller“

FRONTAL angegriffen hat SPÖ-Chef und Bundeskanzler Werner Faymann beim Mai-Aufmarsch seinen Koalitionspartner ÖVP: „Wir sind nicht die Lobbyisten der Steuerbetrüger und Pestizid-Hersteller.“ Gemeint sind damit die Ver-

handlungspositionen von Finanzministerin Fekter und Umweltminister Berlakovich in Brüssel. Für Faymann, der erneut vor einer schwarz-blauen Koalition warnt, sind die Sozialdemokraten die „Lobbyisten der Arbeitnehmer“.

„Niederfallen ist keine Schande“

ABGERECHNET wird im September, hat FPÖ-Chef Strache bei seinem 1.-Mai-Frühschoppen in Linz mit einer Wahlkampfredede die „schlechteste Bundesregierung der Zweiten Republik“ herausgefordert. Zu den jüngsten Niederlagen bei den Landtagswahlen tröstet Strache sich selbst und seine Fans im Bierzelt mit dem Spruch, dass es keine Schande sei, einmal niederzufallen, sondern liegenzubleiben.“ Der Wahltag müsse zur Volksabstimmung werden. Strache: „Retten wir Österreich!“



Thema des Tages
VON CLAUD PÁNDI

Ja, mach nur einen Plan...

Jetzt ist er also richtig da. Nein, nicht vom Sommer ist hier die Schreibe, sondern leider vom Wahlkampf, der uns noch monatelang bis in den Herbst hinein auf Schritt und Tritt verfolgen wird.

Für diese quälend lange Strecke haben die Parteien ihre Arsenale aufgerüstet. Voll mit kleinen und großen Bösartigkeiten, Finten, Schmutzkübelkampagnen und den bekannten Forderungen für die jeweilige Parteienklientel. Nur großzügige Versprechungen wird es eher nicht geben. Denn sogar im Wahlkampfrausch haben die meisten kapiert, dass ihnen das kaum einer mehr abnimmt. Jeder weiß: Das Geld ist weg, Staatsschulden und Finanzkrise haben die vermeintlichen Reserven aufgefressen.

Zudem weiß keiner, welche Katastrophe als nächste reinhagelt. Das Kärntner-Hypo-Desaster könnte beispielsweise schon zu einem weiteren milliardenschweren Sparpaket führen. Die Frage ist weniger, ob das überhaupt der Fall sein wird, sondern eher wann es so weit ist.

Rasch können die Strategien der Parteimanager dann schon Makulatur sein. Und nach den Maifeiern darf da ausnahmsweise der Gesellschaftskritiker Bertolt Brecht zitiert werden. Der schrieb:

„Ja, mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht und mach dann noch einen zweiten Plan gehn tun sie beide nicht.“

Eine glückliche Fügung für unsere Regierung ist nur, dass auch Deutschland im September wählt. Und Kanzlerin Angela Merkel wird mit ihrer manchmal etwas unheimlichen Macht schon darauf schauen, dass in Europa bis dahin nichts ausbricht.

Aber was kommt danach?
claus.pandi@kronenzeitung.at